

Herr Bohlscheid teilt mit, dass die Haushaltssatzung vom Haushaltsplan aufgrund eines formalen Fehlers (Übertrag) abweiche. Daher sei eine Korrektur in der heutigen Sitzung erforderlich.

Daneben führt Herr Bohlscheid die voraussichtlichen finanziellen Auswirkungen der Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst auf den kommunalen Doppelhaushalt aus. In 2023 würden durch die Erhöhung Mehrkosten für Personal von ca. 35.000 € gegenüber der Planung entstehen. In 2024 entstünden durch die Tarifierhöhung zusätzliche Kosten von ca. 825.000 €. Im Haushalt vorgesehen sei eine Erhöhung der Personalkosten um 665.000 €. Es entstehe ein Defizit von ca. 160.000 €. Die Tarifierhöhung habe zur Folge, dass entgegen des Stelleplanes keine Neueinstellungen erfolgen könnten.

Frau Grünebaum ergänzt, dass die Nachbesetzung von bereits vorhandenen Stellen sichergestellt sei. Im Doppelhaushalt seien 17 neue Stellen eingeplant. Davon befänden sich einige Stellen im Betreuungsbereich, die durch Beiträge refinanziert würden. Hier sei eine Neueinstellung möglich. Die restlichen Stellen müssten auf den Prüfstand gestellt werden.

Herr Strausfeld merkt an, dass insbesondere bei Amt 32 und 60 Personal fehle. Gemeinsam müsste überlegt werden, wie gewissen Aufgaben bewältigt werden könnten.

Frau Grünebaum führt aus, dass einige Teilzeitkräfte ihre Stunden erhöhen möchten. Dies sei einfacher zu ermöglichen.

Herr Liene teilt mit, dass parallel zur Tarifierhöhung eine Steuererhöhung aus Einkommen- und Umsatzsteuerbeteiligung eingeplant werden sollte. Herr Bohlscheid antwortet, dass entsprechende Werte gem. der letzten Steuerschätzung berücksichtigt seien und die nächste Steuerschätzung im November erfolge.-Gegebenenfalls werde ein Nachtragshaushalt für 2024 erforderlich sein. In diesem Zusammenhang könnte auch eine Erhöhung der Personalkosten sowie mögliche Anpassungen aus Steuerschätzungen beraten werden.

Herr Scholz regt an, Aufgaben mit dem vorhandenen Personal zu priorisieren. Er erwarte diesbezüglich einen Vorschlag der Verwaltung. Herr Liene erachtet eine Organisationsuntersuchung als sinnvoll. Durch effizienteres Arbeiten und eine bessere Organisation könnten Aufgaben und Personal reduziert werden.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht, sodass BM Viehof über die vorliegenden Beschlussvorschläge abstimmen lässt.